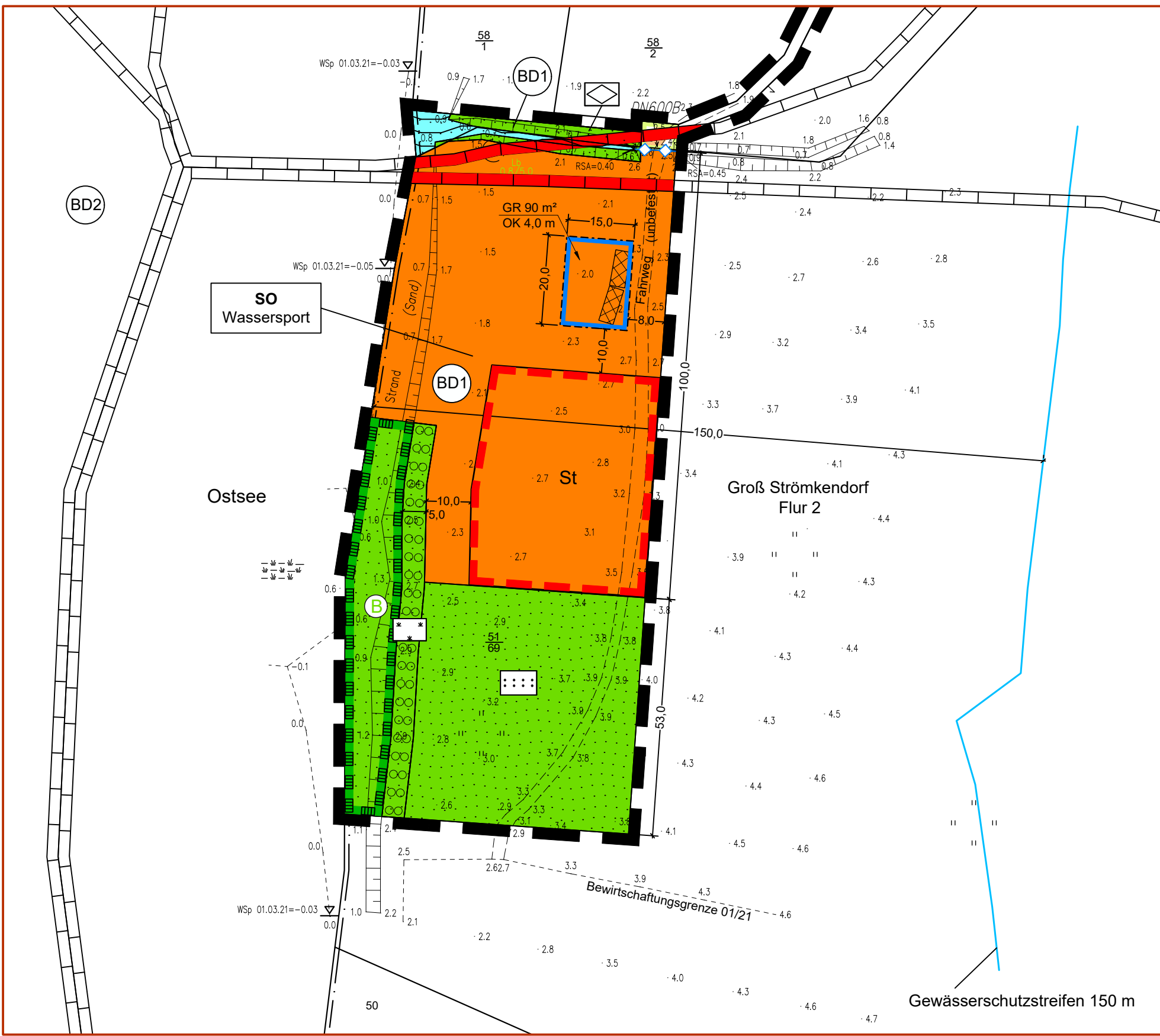
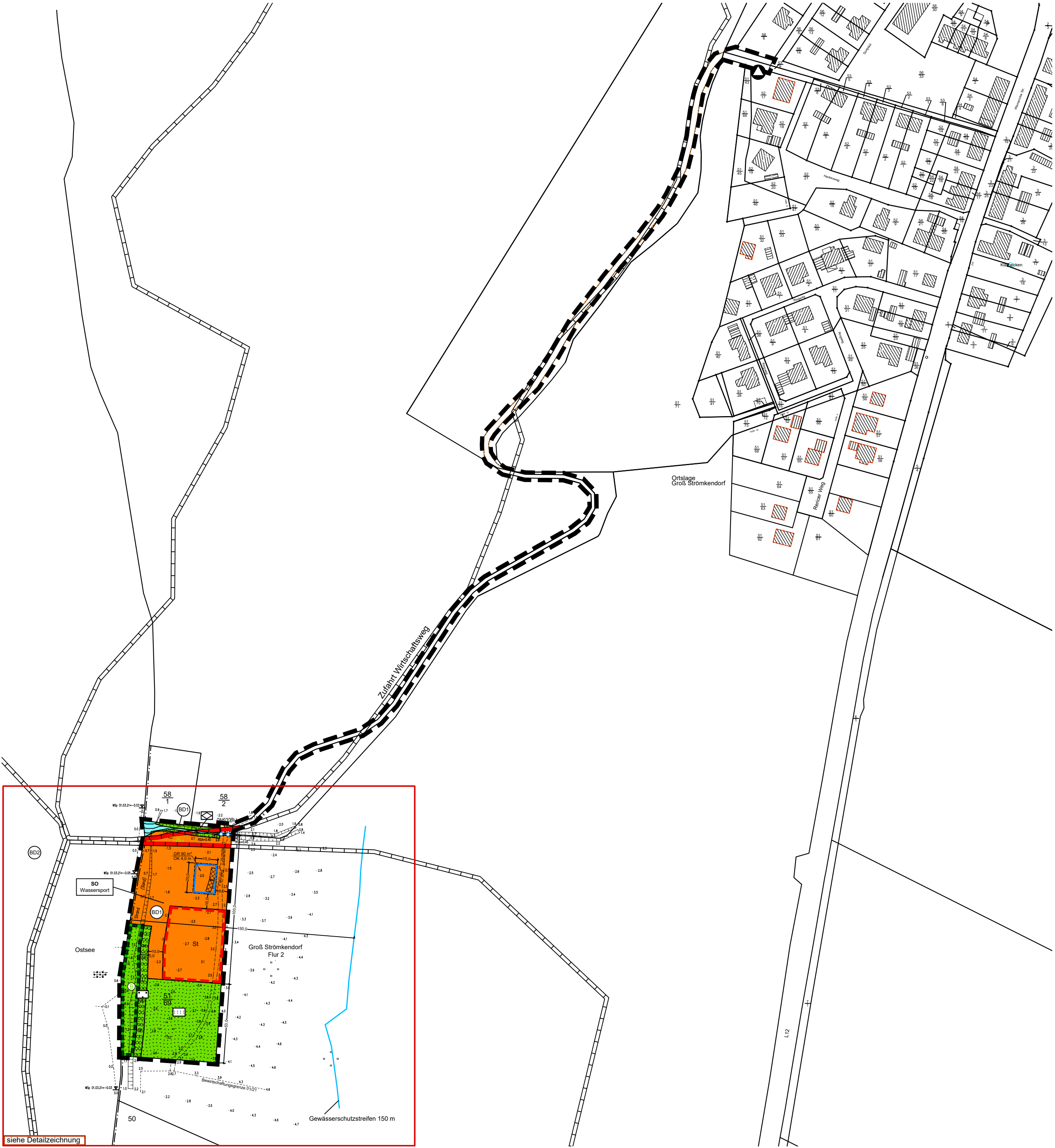


SATZUNG DER GEMEINDE BLOWATZ

über den Bebauungsplan Nr. 11 "Wassersportstelle Groß Strömkendorf"

Teil A - Planzeichnung
M 1:2 000



Detailzeichnung
Maßstab 1:1000

Planzeichenerklärung

Es gilt die Planzeichenerverordnung vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14.06.2021 (BGBl. I S. 1802).

1. Festsetzungen

Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 11 BauNVO)

SO Sonstiges Sondergebiet - Wassersport (§ 11 BauNVO)

Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

GR Grundfläche

OK Oberkante in m

Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 23 BauNVO)

Baugrenze

Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

Straßenbegrenzungslinie

Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung - Zuwegung, privat

Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie Ablagerungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB)

Abfallsammelstelle am Tag der Abholung

Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

Grünflächen

Entwässerungsgraben, öffentlich

Abschirmgrün, privat

Grünland / temporäres Parken, privat

Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)

Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

Umgrenzung von Schutzgebieten und Schutzobjekten im Sinne des Naturschutzrechts - Biotop

Sonstige Planzeichen

Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen - Stellplätze

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (§ 9 Abs. 7 BauGB)

2. Darstellungen ohne Normcharakter

vorhandene Gebäude

vorhandene Gebäude aus Luftbild

vorhandene Flurstücksgrenzen

Flurstücksnr.

vorhandene Geländehöhen in m ü. HN

Bemaßung in m

Gewässerschutzstreifen 150 m

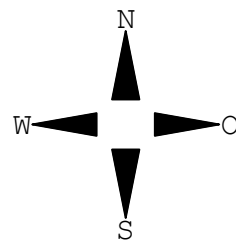
Umgrenzung von Gesamtanlagen, die dem Denkmalschutz unterliegen - Bodendenkmal Kategorie 2

3. Nachrichtliche Übernahmen (§ 9 Abs. 6 BauGB)

Umgrenzung von Gesamtanlagen, die dem Denkmalschutz unterliegen - Bodendenkmal Kategorie 1

Gewässer 2. Ordnung, offen

Gewässer 2. Ordnung, verrohrt



Präambel

Aufgrund § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 20.12.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394) sowie nach § 86 der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.10.2015 (GVOBl. M-V S. 334), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 18.03.2025 (GVOBl. M-V S. 130) wird nach Beschlussfassung der Gemeindevertretung der Gemeinde Blowatz vom folgende Satzung über den Bebauungsplan Nr. 11, Wassersportstelle Groß Strömkendorf, gelegen südwestlich der Ortslage Groß Strömkendorf, begrenzt im Norden durch landwirtschaftliche Nutzfläche, im Osten und im Süden durch landwirtschaftliche Nutzflächen sowie im Westen durch die Ostsee, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) einschließlich der örtlichen Bauvorschriften, erlassen:

Teil B - Text

Es gilt die Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 03.07.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176).

- Art und Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1, 4 BauGB sowie §§ 11, 12 und 16 bis 19 BauNVO)**
 - In dem festgesetzten Sonstigen Sondergebiet SO gemäß § 11 BauNVO mit der Zweckbestimmung „Wassersport“ sind Nutzungen i. Z. m. den Wassersportarten Surfen und Kitesurfen zulässig. Das Sonstige Sondergebiet dient der wassersportlichen Nutzung, bzw. dem Auflegen und dem Einlegen in die Ostsee. Nutzungen, die nicht im Zusammenhang mit der Ausübung des Wassersportes stehen, sind unzulässig. Das Abstellen von Fahrzeugen ist ausschließlich innerhalb der entsprechend gekennzeichneten Flächen zulässig. Die Flächen sind gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 10 u. 20 BauGB unversiegelt zu belassen. Fahrzeuge dürfen nur mit dem Zweck der wassersportlichen Nutzung des Plangebietes im Tageszeitraum (06 Uhr bis 22 Uhr) abgestellt werden. Das Abstellen der Fahrzeuge ist zwischen dem 01.04. und dem 14.10. eines Jahres an bis zu 6 nicht direkt aufeinander folgenden Wochenenden (Freitag bis Sonntag) auch ganztägig zulässig. Zwischen dem 15.10. eines Jahres und dem 31.03. des folgenden Jahres sowie außerhalb der zuvor genannten 6 Wochenenden (Freitag bis Sonntag) ist das Übernachten (Abstellen der Fahrzeuge im Nachtzeitraum von 22 Uhr bis 06 Uhr) in dem Plangebiet generell unzulässig. Zulässig ist die Errichtung von mobilen, nicht dauerhaft mit dem Erdboden verbundenen Containern mit einer maximalen Grundfläche von 90 m². In den Containern (baulichen Anlagen) sind ein Aufenthaltsraum sowie Lager-, Sanitär- und Umkleieräume zulässig. Außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche sind in dem festgesetzten Sonstigen Sondergebiet gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB i. V. m. § 23 Abs. 5 BauNVO bauliche Anlagen jeder Art sowie Versiegelungen unzulässig. Es wird eine Oberkante mit einem Höchstmaß von 4,0 m festgesetzt. Die Oberkante wird definiert als die höchste Punkt einer baulichen Anlage. Bezugspunkt für die Oberkante ist die mittlere hergestellte Höhenlage der von der baulichen Anlage überdeckten Geländeoberfläche. Innerhalb des Sonstigen Sondergebietes sind zur Herstellung einer überbaubaren Grundstücksfläche Aufschüttungen des natürlich anstehenden Bodens bis zu einem Maß von 0,3 m dann zulässig, wenn sich diese auf für die Statik der baulichen Anlagen und dessen Erschließung erforderliche Flächen beschränken. Für die festgesetzte Höhenlage gilt als Bezugspunkt die Bestandshöhe des Mittelpunktes der von der baulichen Anlage überdeckten Geländeoberfläche. Abgrabungen sind unzulässig. Darüber hinaus sind Aufschüttungen von mehr als 0,2 m unzulässig (§ 9 Abs. 3 i. V. m. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB).
- Ableitung von Niederschlagswasser (§ 9 Abs. 1 Nr. 14, 16 und 20 BauGB)**

Das in dem sonstigen Sondergebiet anfallende, unbelastete Niederschlagswasser ist auf dem Grundstück zur Versickerung zu bringen.
- Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft sowie Flächen für das Anpflanzen und die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen; Flächen und Maßnahmen zum Ausgleich (§ 9 Abs. 1 Nr. 15, 20, 25 und Abs. 1a sowie §§ 1a und 202 BauGB)**
 - Innerhalb der Grünfläche „Abschirmgrün“ ist eine 5 m breite Hecke aus heimischen Sträuchern angrenzend an das geschützte Biotop zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten.
 - Innerhalb der Grünfläche „Grünlandtemporäres Parken“ ist es bei maximal 6 Großveranstaltungen im Jahr zulässig, diese Fläche als Parkfläche für Fahrzeuge zu nutzen. Ein Abstand von 10 m zur festgesetzten Hecke ist einzuhalten. Die Nutzung der Grünlandfläche für das temporäre Ablegen von Surf- und Kitematerialien sowie für das Vereinsleben ist allgemein zulässig. Die Grünfläche ist in ihrer jetzigen Form als regelmäßig gemähte Weise dauerhaft zu erhalten.
- Örtliche Bauvorschriften (§ 9 Abs. 4 BauGB i. V. m. § 86 Abs. 3 und § 84 LBauO M-V)**
 - Bei der Gestaltung der Außenwände der zulässigen baulichen Anlagen in dem Sonstigen Sondergebiet ist ausschließlich die Verwendung von Holz in gebohrten Braun-, Rot- oder Grautönen zulässig.
 - Die Aufstellung oberirdischer Gas- oder Ölbehälter ist nicht zulässig.
 - Werbeanlagen sind nur an der Straße der Leistung bis zu einer Größe von 0,75 m² zulässig. Werbeanlagen mit Leuchtfarben, wechselndem oder sich bewegendem Licht sind unzulässig. Die Aufstellung von Warenautomaten ist unzulässig.
 - Die Beleuchtungen innerhalb des Sonstigen Sondergebietes sind zum Schutz von Insekten und Fledermäusen ausschließlich als LED-Lampen mit einer Farbtemperatur von maximal 2.700 Kelvin zulässig und dürfen ausschließlich in Richtung Boden oder entlang der Fassade abstrahlen.
 - Wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die gestalterischen Festsetzungen verstößt, handelt rechtswidrig im Sinne des § 84 LBauO M-V. Verstöße können mit Bußgeld geahndet werden.

Hinweise

Bau- und Bodendenkmale

Die Farbe Rot (Bodendenkmal Kategorie 1) kennzeichnet Bodendenkmale, bei denen angesichts ihrer wissenschaftlichen und kulturgeschichtlichen Bedeutung einer Überbauung oder Nutzungsänderung auch der Umgebung - gemäß § 7 (4) DöSchG MV (vgl. auch § 7 (1), Nr. 2 DöSchG MV) grundsätzlich nicht zugestimmt werden kann. Es ist eine Genehmigung nach § 7 Abs. 2 DöSchG M-V zu beantragen. Wer während der Baumaßnahmen Sachen, Sachgesamtheiten oder Teile von Sachen (Funde) entdeckt, von denen anzunehmen ist, dass an ihrer Erhaltung gemäß § 2 Abs. 1 des DöSchG M-V ein öffentliches Interesse besteht, hat dies unverzüglich anzuzeigen. Anzeigepflicht besteht für den Entdecker, den Leiter der Arbeiten, den Grundeigentümer, zufälligen Zeugen, die den Wert des Gegenstands erkennen. Die Anzeige hat gegenüber der unteren Denkmalschutzbehörde zu erfolgen. Sie leitet die Anzeige unverzüglich an die Denkmalschutzbehörde weiter. Der Fund und die Fundstelle sind in unverändertem Zustand zu erhalten. Die Verpflichtung erlischt fünf Werktage nach Zugang der Anzeige, bei schriftlicher Anzeige spätestens nach einer Woche. Die untere Denkmalschutzbehörde kann die Frist im Rahmen des Zumutbaren verlängern, wenn die sachgerechte Untersuchung oder die Bergung des Denkmals dies erfordert - vgl. § 11 Abs. 1, 2, 3 DöSchG M-V.

Altlasten/ Kampfmittel

Das Plangebiet ist als nicht kampfmittelbelastet bekannt. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass bei Tiefbaumaßnahmen Munitionsfunde aufgetreten können. Aus diesem Grunde sind Tiefbauarbeiten mit entsprechender Vorsicht durchzuführen. Sollten bei diesen Arbeiten kampfmittelverdächtige Gegenstände oder Munition aufgefunden werden, ist aus Sicherheitsgründen die Arbeit an der Fundstelle und der unmittelbaren Umgebung sofort einzustellen und der Munitionsbergungsdienst zu benachrichtigen. Nötigenfalls ist die Polizei und ggf. die örtliche Ordnungsbehörde hinzuzuziehen.

Nach gegenwärtigem Kenntnisstand sind im Geltungsbereich sowie im Umfeld keine Altablagerungen oder Altlastenverdachtsflächen bekannt. Werden bei Bauarbeiten Anzeichen für bisher unbekannte Belastungen des Untergrundes (unnatürlicher Geruch, anormale Färbung, Austritt verunreinigter Flüssigkeiten, Ausgasungen, Altablagerungen) angetroffen, ist der Grundstückseigentümer gem. § 4 Abs. 3 Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) zur ordnungsgemäßen Entsorgung des belasteten Bodenaushubs verpflichtet. Bei konkreten Anhaltspunkten dafür, dass eine schädliche Bodenveränderung oder Altlast vorliegt, ist dies unverzüglich der Landrätin des Landkreises Nordwestmecklenburg als zuständiger Bodenschutzbehörde (Sachgebiet Abfall, Bodenschutz und Immissionschutz) mitzuteilen (§ 2 LBodSchG M-V). Bei allen Maßnahmen ist Vorsorge zu treffen, dass schädliche Bodenimmissionen, welche eine Verschmutzung, unzulässige Verunreinigung oder Veränderung des Bodens, Verlust von Oberboden, Verdichtung oder Erosion hervorrufen können, vermieden werden (§ 1 LBodSchG M-V).

Wasser

Für die Errichtung baulicher Anlagen jeglicher Art wie z. B. Siege, Brücken, Bühnen, Bojenliegeplätze, Baggerungen usw. die sich über die Mittelwasserlinie hinaus in den Bereich der Bundeswasserstraße erstrecken, ist eine strom- und schiffahrtspolizeiliche Genehmigung nach § 31 Bundeswasserstraßengesetz (WaStrG) erforderlich. Anlagen und ortsfeste Einrichtungen aller Art dürfen gemäß § 34 Abs. 4 WaStrG weder durch ihre Ausgestaltung noch durch ihren Betrieb zu Verwechslungen mit Schifffahrtszeichen Anlass geben, deren Wirkung beeinträchtigen, deren Betrieb behindern oder die Schiffsführer durch Blendwirkungen, Spiegelungen oder anders irreführen oder behindern. Wirtschaftswerbung in Verbindung mit Schiffsfahrtszeichen ist unzulässig. Von der Wasserstraße aus sollen weder rote, gelbe, grüne, blaue noch mit Natriumdampf-Niederdrucklampen direkt leuchtende oder indirekt beleuchtete Flächen sichtbar sein.

Artenschutz

Alle Bautätigkeiten sind zum Schutz von Bodentieren vor dem 01.03. oder nach dem 31.08. durchzuführen. Ist die Durchführung der Bauarbeiten während der Brutzeit nicht zu vermeiden, sind die betroffenen Flächen bis zu Beginn der Brutzeit vegetationsfrei zu halten oder mit Hilfe von geeigneten Störungen (z. B. Flatterbändern) das Anlegen von Brutstätten zu verhindern.

Zur Vermeidung baubedingter Störungen von nachtaktiven, lärm- und störungs-empfindlichen Tieren sind die Bautätigkeiten auf den Tagzeitraum (6-22 Uhr) zu beschränken.

Kompensation

Das durch die Eingriffe in Natur und Landschaft verbliebene Kompensationsdefizit von 90 m² EFA wird durch den Ankauf von Ökotoxikanten aus der Landschaftzone 1, Ostseeküsteland behoben. Die Sicherung gelingt durch eine vertragliche Regelung zwischen den Vorhabenträgern und den Ökotoxikanten. Die Kompensationsmaßnahme ist vor dem Satzungsbeschluss nachzuweisen.

Die Gemeinde Blowatz hat gegenüber der zuständigen unteren Naturschutzbehörde mit den Planunterlagen vor Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes die schriftliche Bestätigung des Maßnahmenträgers zur verbindlichen Reservierung der Ökotoxikantenmaßnahmen vorzulegen (siehe § 9 Abs. 3 ÖkoToxVO M-V).

Gemäß der Bestimmung der Ökotoxikantenverordnung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (ÖkoToxVO M-V) ist für die Inanspruchnahme des Ökotoxikanten die untere Naturschutzbehörde (uNB) nach Satzungsbeschluss über das Abwägungsergebnis zu informieren (Höhe der festgesetzten Kompensationsanteile, genaue Benennung des Ökotoxikanten). Nach Satzungsbeschluss wird durch die uNB die Abbuchung der Ökotoxikanten vom dem jeweiligen Ökotoxikanten vorgenommen bzw. deren Abbuchung veranlasst. (siehe § 9 Abs. 4 ÖkoToxVO M-V).

Bäume und Gehölze

Die Beseitigung von Gehölzen gemäß § 39 Abs. 5 Satz 2 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) sowie Abrissarbeiten von Gebäuden dürfen nur im Zeitraum zwischen dem 1. Oktober und 28. Februar durchgeführt werden. Ausnahmen sind zulässig, sofern der gutachterliche Nachweis durch den Verursacher erbracht wird, dass innerhalb der Gehölzflächen keine Brutvögel brüten und die Zustimmung der zuständigen Behörde vorliegt.

Eine Beseitigung nach § 18 NatSchAG M-V gesetzlich geschützter Bäume sowie alle Handlungen, die zu ihrer Zerstörung, Beschädigung oder erheblichen Beeinträchtigung führen können, sind verboten. Zulässig bleiben fachgerechte Pflege- und Erhaltungsmaßnahmen sowie Maßnahmen zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben oder Sachen von bedeutendem Wert.

Sonstige Hinweise

Die der Satzung zu Grunde liegenden DIN-Normen und Regelwerke sind in der Verwaltung des Amtes Neuburg, Abteilung II - Bau und Liegenschaften, Hauptstraße 10a, 23974 Neuburg, während der Öffnungszeiten einsehbar.

Der vorliegende Entwurf ist nicht rechtsverbindlich. Alle Rechtsgeschäfte, die auf Grundlage dieses Entwurfes getätigt werden, geschehen auf eigene Verantwortung.

Verfahrensvermerke

- Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom 10.11.2020. Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses erfolgte durch Aushang vom bis zum an den gemeindlichen Bekanntmachungsstafeln und auf der Internetseite des Amtes Neuburg.

Blowatz, den (Siegel) Schmidt, Bürgermeister
- Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB ist in der Zeit vom bis zum durch eine öffentliche Auslegung der Planung in der Abteilung II - Bau und Liegenschaften des Amtes Neuburg sowie auf der Internetseite des Amtes durchgeführt worden. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, sind gemäß § 4 Abs. 1 BauGB mit Schreiben vom zur Abgabe einer Stellungnahme auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung aufgefordert worden.

Blowatz, den (Siegel) Schmidt, Bürgermeister
- Die für Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist gemäß § 17 Landesplanungsgesetz (LPiG) mit Schreiben vom beteiligt worden.

Blowatz, den (Siegel) Schmidt, Bürgermeister
- Die Gemeindevertretung hat am den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 11 mit Begründung gebilligt und zur Veröffentlichung nach § 3 Abs. 2 BauGB bestimmt.

Blowatz, den (Siegel) Schmidt, Bürgermeister
- Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom über die Veröffentlichung unterrichtet und gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Blowatz, den (Siegel) Schmidt, Bürgermeister
- Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 11 sowie die Begründung wurden in der Zeit vom bis zum auf der Internetseite des Amtes Neuburg sowie im Bau- und Planungsportal M-V nach § 3 Abs. 2 BauGB veröffentlicht. Zusätzlich wurden die Planunterlagen durch eine öffentliche Auslegung während der Dienstzeiten in der Abteilung II - Bau und Liegenschaften des Amtes Neuburg zur Verfügung gestellt. Die Veröffentlichung ist mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Veröffentlichungsfrist von jeder Person schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können, vom bis zum durch Aushang an den Bekanntmachungsstafeln sowie auf der Internetseite des Amtes Neuburg bekannt gemacht worden.

Blowatz, den (Siegel) Schmidt, Bürgermeister
- Der katastermäßige Bestand am wird als richtig dargestellt bescheinigt. Hinsichtlich der lage-richtigen Darstellung der Grenzpunkte gilt der Vorbehalt, dass eine Prüfung nur grob erfolgte, da die rechtsverbindliche Flurkarte im Maßstab 1: vorliegt. Regressansprüche können nicht abgeleitet werden.

....., den (Siegel) Öffentl. bestellter Vermesser
- Die Gemeindevertretung hat die fristgemäß abgegebenen Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange am geprüft. Das Ergebnis wurde mitgeteilt.

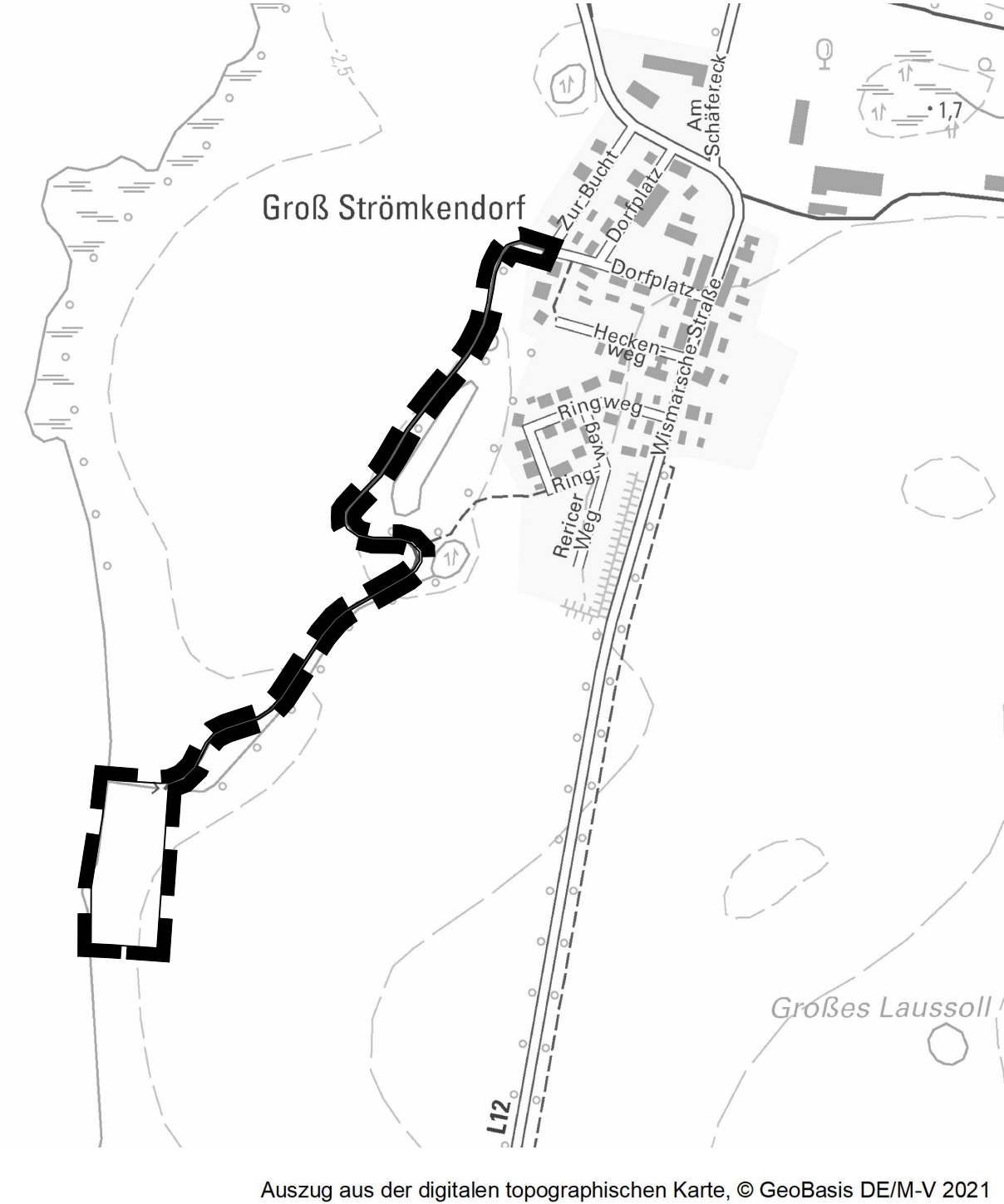
Blowatz, den (Siegel) Schmidt, Bürgermeister
- Der Bebauungsplan Nr. 11 wurde am von der Gemeindevertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung zum Bebauungsplan Nr. 11 wurde gebilligt.

Blowatz, den (Siegel) Schmidt, Bürgermeister
- Die am beschlossene Satzung über den Bebauungsplan Nr. 11, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A), dem Text (Teil B) und den örtlichen Bauvorschriften wird hiermit ausfertigt.

Blowatz, den (Siegel) Schmidt, Bürgermeister
- Der Beschluss der Satzung der Gemeinde Blowatz über den Bebauungsplan Nr. 11 sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jeder Person eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, ist vom bis zum durch Aushang an den gemeindlichen Bekanntmachungsstafeln und auf der Internetseite des Amtes Neuburg bekannt gemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 1 BauGB, § 5 Abs. 5 der Kommunalverfassung M-V) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§ 44 BauGB) hingewiesen worden. Die Satzung über den Bebauungsplan Nr. 11 ist am Tag der Bekanntmachung in Kraft getreten.

Blowatz, den (Siegel) Schmidt, Bürgermeister

Übersichtsplan



Auszug aus der digitalen topographischen Karte, © GeoBasis DE/M-V 2021

SATZUNG DER GEMEINDE BLOWATZ

über den Bebauungsplan Nr. 11
„Wassersportstelle Groß Strömkendorf“

gelegen südwestlich der Ortslage Groß Strömkendorf, begrenzt im Norden durch ein Fließgewässer, im Osten und im Süden durch landwirtschaftliche Nutzflächen sowie im Westen durch die Ostsee

ENTWURF

Bearbeitungsstand 15.07.2025

Plangrundlagen:

Digitale topographische Karte Maßstab 1:10 000, Landesamt für innere Verwaltung M-V, © GeoBasis DE/M-V 2021; digitale Flurkarte der Flur 2, Gemarkung Groß Strömkendorf, Lage- und Höhenplan des Vermessungsbüros Christoph Sohn, Stand 04.03.2021; Flächennutzungsplan der Gemeinde Blowatz; eigene Erhebungen

PLANUNGSBÜRO HUFMANN
STADTPLANUNG FÜR DEN NORDEN
Dipl. Ing. Martin Hufmann
Alter Holzhafen 8 • 23966 Wismar
Tel. 03841 470540-0 • info@ph-wismar.de